

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 2 (1922-1923)
Heft: 5

Artikel: Die Dokumente der Bismarck-Zeit
Autor: Mendelssohn Bartholdy, A.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-154676>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

fassungsmäßige Pflicht einer solchen Kontrolle, und zugleich bei Staatsvertragsverhandlungen das entscheidende Wort zu sprechen (während der Bundesrat hiebei bloß vorbereitende Instanz ist). An den eidgenössischen Räten ist es also in erster Linie, daß zur Erfüllung ihrer Aufgaben Notwendige vorzuführen und sich ihrer vollen hohen Verantwortung in der Außenpolitik — besser als bisher — bewußt zu werden.

Die Dokumente der Bismarck-Zeit.

(Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Herausgegeben von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn Bartholdy und Friedrich Thimme. Band 1—6: 1871—1890.)

Von
A. Mendelssohn Bartholdy.

Der Entschluß der Deutschen Regierung, die Archive des Auswärtigen Amtes mit allen ihren Geheimakten aus der Kriegszeit jetzt schon zu öffnen, ist, als er im Herbst 1919 bekannt wurde, fast überall auf mehr Bedenken als Zustimmung gestoßen. Nicht nur, daß man in Deutschland unter dem schweren Druck der Weltmeinung eine dumpfe Angst vor dem Inhalt dieser Akten empfand und sich ihre Veröffentlichung wie das Bekenntnis eines armen Sünder an der Kirchentür vorstellte; man fürchtete auch vielfach das Mißfallen im Ausland, die Entrüstung über den Bruch der diplomatischen Sitte, die über das Unangenehme, was die Akten gegen England, Frankreich oder Italien etwa bringen würden, in der bequemen Haltung des Gentleman hinwegkommen würde, dem ein unmanierlicher Bauer eine Schlechtigkeit vorwirft: erst lerne dich auch so gut benehmen wie ich, Freund, und dann wollen wir über das Moralische weiterreden. In der Tat halten ja die Völker im Verkehr die Konventionen — nicht das Recht und nicht die Verträge — ebenso hoch, wie es der einzelne Mensch der guten Gesellschaft tut; die Maske abzunehmen, ist einer zivilisierten Nation unwürdig; man sagt im Englischen von ihr, sie habe „ihr Gesicht verloren“. Ist es gar Deutschland, so wird ihm bemerkt, daß es wieder seine innere Neigung zum Bolschewismus verraten habe, indem es mit der nackten Wahrheit Arm in Arm in die elegante Gesellschaft der fremden Herren und Damen in ihrem evening dress eingetreten sei.

Aber in den letzten Jahren hat sich viel geändert und die Regierung hat mit ihrem Entschluß Recht behalten. Wo früher Zurückhaltung und Vorsicht gepredigt wurde, drängt man heute zur Aktivität, und wenn jetzt die sechs ersten Bände der deutschen Dokumente, die Akten der Bismarckzeit, herauskommen, so tadeln man nicht das Zuviel, sondern das Zuwenig und Zulangsam; man möchte gern die 18 Bände bis zum Attentat von Sarajevo

auch schon haben. Die Angst, mit den Bolschewisten zusammen gesehen zu werden, ist ja auch nicht mehr so groß wie sie vor zwei Jahren war. Aber die drei Herausgeber, denen die Regierung die Auswahl der Akten auf Treu und Gewissen anvertraut hat, waren in zwei Jahren strenger Arbeit nun zur einmütigen Überzeugung gekommen, daß diese Veröffentlichung nicht eine Propagandaschrift, nicht ein diplomatisches Farbbuch sein könne, in dem ein der Regierungspolitik besonders gut liegender Zeitabschnitt behandelt und die Akten zur Verteidigung einer vorgefaßten Meinung zugereicht sind, sondern daß sie ein Rechenschaftsbericht an das deutsche Volk sein muß, ja, an alle Völker, die daraus lernen wollen, darüber, wie die Politik der großen Mächte in den letzten fünfzig Jahren geführt wurde. Wenn die letzten Bände, vom Frühjahr und Früh Sommer 1914, herauskommen — ich hoffe, es wird nicht später als 1923 werden — und man darin die Zeugnisse für die deutsche Balkanpolitik jener Zeit finden wird mit ihrer drastischen Widerlegung der Gerüchte über ein deutsch-türkisches Einverständnis auf den kommenden Krieg hin, dann werden sicherlich viele Freunde Deutschlands fragen, weshalb die Regierung mit diesen Akten nicht schon früher herausgerückt sei. Aber sie wird darauf antworten können, und wir Herausgeber werden, in vollkommener Unabhängigkeit von ihr, sie darin unterstützen können, daß eine solche Einzelveröffentlichung ja doch keinen Glauben gefunden und bei den Erfahrungen, die man mit den Farbbüchern aller Staaten gemacht hat, auch keinen Glauben verdient hätte. Solchen Glauben kann nur ein Aktenwerk erzwingen, dessen Echtheit und Lückenlosigkeit aus ihm selbst hervorgeht. Eine Auswahl bleibt es immer. Alle vorhandenen Akten aus den letzten drei oder fünf oder gar dreißig Jahren vor dem Krieg zu drucken, wie es mit den Akten aus den kritischen Tagen von Sarajevo bis zum Kriegsausbruch, der Sammlung Rautsch-Montgelas, geschehen war, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Niemand würde das Lesen bewältigen können. Man mußte auswählen. Aber die Regierung wollte, indem sie die Wahl nicht einem Beamten und nicht einem Politiker, sondern drei unabhängigen, nur auf die Wahrheit verpflichteten Gelehrten übertrug, zeigen, daß diese Wahl nur im Dienste der Wahrheit, der Übersichtlichkeit und Klarheit erfolgen soll. Darum haben wir auch keinen verbindenden Text geschrieben. Die Akten sollten selbst sprechen. Darum mußten wir auch zurückgehen auf die ersten Anfänge der europäischen Großmachtpolitik, die in den Weltkrieg hineingeführt hat. Zu jedem mit einem späteren Zeitpunkt einsetzenden Aktenwerk hätten die Herausgeber eine Einleitung schreiben müssen. Das sollten und wollten sie nicht. Wie hätte man mit den Balkankriegen beginnen können? Vor ihnen liegt der Zweikampf Lehrenthal-Tsvalsky, vor ihm die unheilvolle Auswechslung Bulgariens und Serbiens zwischen der österreichischen und russischen Machtphäre auf dem Balkan, diese Auswechslung, die nicht ohne schwere Schuld Österreich-Ungarns und gegen Bismarcks ernsteste Warnungen erfolgte; und auch sie läßt sich nur verstehen aus dem Berliner Kongress und der Pontus-Konferenz 1871. Sollte man den Marokkokonflikt als Hauptursache der Kriegskonstellation an den Anfang setzen? Aber er steht im Zeichen des Gegeneinanderspielens von Entente und Dreibund; er ist nicht zu ver-

stehen außer durch die italienische Mittelmeerpolitik, die um viele Jahre vor seinem ersten Auftauchen zurückliegt und deren Entwicklung Bismarck so merkwürdig hellseherisch vorauswußte, als er die ersten italienischen Führer für die Begründung des Dreibundes besorglich ablehnte. Oder sollte am Anfang dieses Kriegsursachenwerks der Beginn des deutsch-englischen Gegensaßes stehen, die Gründung eines deutschen Übersee-Reichs, die damals schon Australien und die Kapkolonie zu den feindlichsten Nachbarn Deutschlands machte und einen Kenner des englischen Weltreichs alles voraussehen ließ, was die Dominions im Krieg und im Versailler Friedensvertrag gegen den deutschen Übersee-Besitz getan haben? Aber gerade die Akten über diese schicksals schweren Verhandlungen von 1884, die Bismarck noch mit seiner ganzen Kraft gegen eines der unfähigsten englischen Kabinette aus den letzten fünfzig Jahren führte, zeigen aufs deutlichste die enge Verflochtenheit der Kolonialpolitik mit den europäischen Machtgegensätzen. Sie sind nur zu erklären durch den englisch-französischen Interessenkonflikt in Ägypten und durch den englisch-russischen Kampf um Konstantinopel. Für Bismarcks Einschätzung der gesamteuropäischen Lage aber, für sein Gefühl des cauchemar des coalitions, ist von überraschend starker Bedeutung, außer der Verfeindung mit Gortschakoff, der merkwürdige Zwischenfall von 1875 gewesen, der sich an den „Krieg in Sicht“-Artikel der „Post“ vom 9. April anknüpfte, und bei dem zu Bismarcks nie mehr ganz verwundener Überraschung zum ersten Mal die spätere Entente, von London aus gelenkt, mit der Parole des Zusammenstehens gegen den deutschen Militarismus drohend auftrat. Von wo man auch angreift, man kommt immer zu den siebziger Jahren, zum Frankfurter Frieden als dem Ausgang der Großmachtspolitik in Europa zurück.

Wir haben den Vergleich zwischen 1871 und 1918 nicht gesucht; er drängt sich mit aller Gewalt auf. Am 6. Mai 1872 berichtet der Deutsche Botschafter in Paris Graf Arnim an den Reichskanzler, Thiers habe ihm in den wärmsten Ausdrücken wiederholt, wie aufrichtig und inständig er den Frieden für sein Land wünsche. „Frankreich sei nicht in der Lage, einen neuen Krieg zu führen. Daher suche er alle Komplikationen zu vermeiden, allen Verwicklungen vorzubeugen, wo sie auch auftauchen möchten. Nach Verlauf vieler Jahre, wenn Frankreich zu Kräften gekommen sein würde, müsse natürlich das Bestreben in den Vordergrund treten, eine Entschädigung für die erlittenen Verluste zu suchen, und wenn Deutschland einmal in Verlegenheit mit anderen Mächten geraten sollte, werde der Augenblick zur Abrechnung gekommen sein. Darum sei aber noch gar nicht gesagt, daß Frankreich in einem solchen Falle gegen Deutschland auftreten müsse. Es sei sehr wohl denkbar, daß Deutschland dann Frankreichs Allianz durch Kompensationen zu kaufen geneigt sein würde, welche einen Krieg unnötig machen könnten.“ Und wenn Arnim erwidert, er glaube wohl an Thiers’ Friedensliebe, aber wer gebe Gewißheit über seine Nachfolger? oder wenn er nach Berlin berichtet, daß nach Marshall Bazaines Meinung das Kaiserreich noch stark genug sei, um die Zügel der Regierung wieder zu ergreifen, so hält man sich schwer davon zurück, beim Lesen die Namen von 1922 für

die von 1871 einzusezen. Am 3. Oktober 1872 schreibt Arnim: „Was aber das Land und seine Meinungen in bezug auf Krieg und Frieden angeht, so kann kein Zweifel darüber sein, daß unter den 38 Millionen Franzosen, welche zwischen Nordsee und Mittelmeer wohnen, keine Hunderttausend den jetzigen Territorialzustand für definitiv halten. Mehr noch! Dies Nachbedürfnis geht bei der großen Mehrzahl der Franzosen so weit und so tief, daß die ungünstige diplomatische und militärische Situation, in welcher sie sind, bei ihnen nicht in dem Maße zum Bewußtsein kommt, daß sie nicht einmal ganz urplötzlich von ihren Leidenschaften überrascht und fortgerissen werden könnten“. Und am 3. Mai 1875 der Staatssekretär des Auswärtigen Amts von Bülow an den Deutschen Botschafter in Paris: „Solange die gesamte französische Presse es sich zur Aufgabe macht, in jeder Weise die deutsche Politik zu verdächtigen und Deutschland als den allgemeinen Friedensstörer in Europa zu denunzieren, haben wir zunächst die Pflicht der Abwehr zu üben und dafür zu sorgen, daß andere nicht durch Verdunkelung des wahren Tatbestandes in Irrtum geraten. Wir können daran erinnern, daß seit drei Jahrhunderten Frankreich, sobald es sich dazu hinlänglich stark fühlte, stets die Initiative des Überfalls und Angriffs gegen Deutschland genommen hat, und für uns daraus die Lehre ziehen, daß wir einem so händelsüchtigen Nachbar gegenüber dauernd auf der Hut bleiben müssen.“ Und die Lehre daraus? Gewiß nicht, daß Deutschlands Argwohn gegen Frankreich damals völlig grundlos und Frankreichs Argwohn gegen Deutschland heute völlig begründet ist. Gewiß ebenso wenig, daß Deutschland damals recht hatte, Frankreich zu mißtrauen und Frankreich heute Unrecht hätte, vor Deutschland auf der Hut zu sein. Aber vielleicht, daß aus der Stimmung, die man das schlechte Gewissen des Siegers nennen könnte, immer und überall solche Angst vor der künftigen Rache des Besiegten erwächst, und daß immer und überall die Angst von den kleinen Diplomaten genährt und sonderbarerweise auch von denen begünstigt wird, die die Tapferkeit sonst gepachtet zu haben glauben. Wir werden gut tun, dieser Angststimmung die Neußerung Bismarcks entgegenzusetzen, die er am 25. Februar 1887 in einer Instruktion an Schweinitz, den deutschen Botschafter in Petersburg, über Deutschland und Frankreich getan hat: „Wenn Sie wieder eine Gelegenheit finden, die Frage der Großmachtstellung Frankreichs mit russischen Staatsmännern zu besprechen, so können Sie letztere über unsere Stellung zu derselben vollkommen beruhigen. Wir haben einmal durchaus kein Bedürfnis, Frankreich anzugreifen; wenn wir aber bei einem Angriffe Frankreichs auf uns siegreich bleiben sollten, so irrt Herr von Giers, wenn er annimmt, daß wir nicht das gleiche Interesse an der Aufrechterhaltung von Frankreichs Großmachtstellung haben wie Russland. Frankreichs Fortbestehen als Großmacht ist für uns ebenso Bedürfnis wie das jeder anderen der Großmächte...“ und weiter im selben Brief: „Wir würden deshalb den aussichtslosen Versuch, Frankreich als Macht zu vernichten, niemals unternehmen. Wenn aber Frankreich jedenfalls stark bleibt oder nach kurzer Erholung wieder wird, so daß wir mit seiner Nachbarschaft zu rechnen haben, so wird sich im nächsten Kriege, wenn wir siegen, eine schonende Behandlung empfehlen, gerade wie Dester-

reich gegenüber 1866. Wenn ich im Reichstage anders gesprochen habe, so geschah es, um vom Kriege abzuschrecken. Gelingt letzteres nicht, so würden wir nach der ersten gewonnenen Schlacht Frankreich unter günstigen Bedingungen den Frieden bieten.“ Solche Neuerungen eines Staatsmannes lassen sich freilich weniger leicht in die politische Sprache von 1922 übersetzen, als die Arnimischen Stimmungsberichte aus Paris.

Aber das sind nur Einzelheiten. Auch die zahlreichen Parallelen zu den kritischen Tagen des Juli und August 1914, die sich in den Dokumenten finden, sind nicht das Bedeutendste an ihnen. Wir haben es mit Wichtigerem zu tun als mit der Frage, wer diesen Krieg zu 99 Prozent oder vielleicht auch nur zu 51 Prozent verschuldet hat, und wer der Welt den Frieden verdorbt. Wir haben in diesen Urkunden ein Zeugnis nicht für die Schuld an einem bestimmten Krieg, sondern für die Ursache jedes Krieges, dafür, daß der Krieg einmal kommen und daß er ein Weltkrieg werden mußte und zugleich dafür, daß bei derselben Art „große Politik zu machen“ wieder der Krieg kommen und wieder ein Weltkrieg werden muß. Wenn wir Zeugnisse für die Schuld der anderen Regierungen an der Not Europas im Jahr 1914 haben wollen, dann sind es nicht die deutschen Alten, die wir dazu veröffentlichen müßten. Wir würden dann die Franzosen und die Engländer sprechen lassen. Wir würden Charles Maurras das Wort geben, dem Führer der französischen Patrioten: „Le pouvoir du roi d'Angleterre sur les affaires de la France s'est prodigieusement étendu au XIX. siècle et dans les premières années du XX.; ... la troisième République naquit de la série des intrigues et des conflits européens que l'Angleterre avait subventionnés partout, notamment en Italie, depuis cinquante ans. La volonté de Bismarck n'intervint qu'à titre de cause seconde...“

„Bismarck nous avait dit: Prenez la Tunisie, prenez l'Indochine. Edouard VII peut nous dire: Prenez le Maroc, le Maroc étant d'une nécessité immédiate pour laquelle tous nos syndicats sont debout et dont ils ne feront point grâce au gouvernement - qu'ils soutiennent....

Tel fut le germe de ce qu'on peut appeler le plan Delcassé. Sans doute ce plan apparaît plus grave et plus ample quand on le considère dans les calculs d'un roi anglais qui nous veut pour son soldat sur le continent...“ (Kiel et Tanger, 1913, S. 124, 148). Oder wir könnten Rudyard Kipling zum Zeugen anrufen, mit dem, was er am 16. Mai 1914 von dem englischen Kabinett gesagt hat, das dann den Krieg an Deutschland erklärte: die Minister dieses Kabinetts seien wie ein Mörder, der ihm vor Jahren in Indien die Geschichte seines Lebens und den Weg zum Verbrechen mit den Worten geschildert hatte: „take it from me that when a man starts crooked, one thing leads to another till he finds himself in such a position that he has to put somebody out of the way to get straight again“; das, sagt Kipling, ist ganz genau die Lage des gegenwärtigen Kabinetts, they started crooked; one thing led to another, till they found themselves in

such a position that they hat to put someone out of the way to get straight again... If the Cabinet think that murder will serve the Cabinet's turn again, they will attempt it again. And they will go further. In the light of their record two months ago, we are justified in believing that if by any lie, by any falsification of fact, speech, document, or telegram, by any bribe of money, title, or promotion, by subornation of evidence, or prearranged provocation — if by these things the blame of causing bloodshed 'can be laid upon Ulster, the Cabinet will openly or secretly lend itself to that work'. Wessen dies Kabinett aber nach Kiplings Worten gegen die eigenen Landsleute fähig war, sollte es dessen gegen Deutschland, den Feind, nicht fähig gewesen sein? Ueber die Kriegsschuld das Zeugniß der Nationalisten, Charles Maurras' und Rudhard Kiplings! Wir wollen lieber an die Zukunft denken. Die jungen Menschen unserer Zeit wollen nicht viel von der Geschichte wissen. Aber diese sechs Dokumentenbände sollten sie lesen. Hier werden sie für die instinktive Anklage gegen die alte Diplomatie, die sie aus der Seele ihrer gefallenen Brüder und Freunde heraus erheben, chapter and verse finden, wie man im Englischen sagt. Sie werden dabei Bismarck zu ihrem mächtigsten Zeugen haben.

In den Dokumenten jener zwanzig Jahre lebt ein einziger beständiger Kampf Bismarcks gegen die alten Methoden der Außenpolitik. Er will nicht das europäische Gleichgewicht, die balance of power, die eine Lüge ist, weil jede der beiden Gruppen im Stillen das Gewicht zu fälschen sucht. Er will das Zusammenarbeiten der beiden mächtigsten Staaten, zuerst Deutschlands und Russlands, dann Deutschlands und Englands, weil das allein den Frieden wenigstens unter den Großmächten sichert. Der Dreibund wird ihm von Italien und Österreich aufgezwungen; er nimmt ihn ungern an, weil er voraussieht, daß der österreichische Ehrgeiz am Balkan, der italienische im Mittelmeer dadurch zu Abenteuern verlockt werden könnte. Er will dann, daß der Dreibund veröffentlicht wird. So lange er geheim bleibt, schreibt man ihm in Wien und Budapest, in der Presse und im Parlament, Offensivziele zu, glaubt sich von ihm in einem Angriffskriege gegen Russland gedeckt. Bismarck verurteilt den Angriffskrieg; er will die Österreicher sogar davon abhalten, daß sie für den Kriegsfall die rasche Invasion nach Russland planen und vorbereiten. Denn wer mit militärischem Angriff spielt, der wird politischem Angriff geneigter. Als bei einer gefährlichen Spannung zwischen Österreich und Russland der deutsche Militärattaché meldet, er habe den Kaiser Franz Joseph in ernster, fast gedrückter Stimmung gefunden, schreibt Bismarck an den Stand: „Besser, als wenn sie unternehmend wäre.“ Im Jahre 1889 hat Bismarck — das werden diese Dokumente zuerst bekannt geben — Lord Salisbury ein englisch-französisches Defensivbündnis angetragen; er läßt ihm aber sagen, dieses Bündnis müsse offen sein; geheime Bündnisse könnten zwar den Erfolg in einem kommenden Krieg sichern, aber nur offene Bündnisse könnten den Krieg verhindern. Salisbury konnte ein offenes Bündnis gegen seine Parlamentsopposition nicht durchsetzen; er ließ Bismarck sagen, er bedaure das, aber die Welt werde nur durch Scha-

den klug werden können: This generation can only be taught by events. Wenn ein eifriger Diplomat dazu riet, den englisch-französischen Gegensatz auszunützen, oder wenn englische Staatsmänner davon sprachen, daß sie unter Deutschlands Deckung lieber heute als morgen mit Frankreich ein Ende machen, kam von Bismarck die Antwort, daß es unsere Aufgabe sei, jene Gegensätze friedlich ausgleichen zu helfen, denn wir brauchten England und Frankreich als Großmächte. Wenn die Militärs — nicht Moltke, aber Waldersee und ein paar kleinere Geister — einen Präventivkrieg empfahlen, wies der Kanzler sie schroff zurück; er allein ist für die Politik verantwortlich; ein Nebenregiment der Militärs duldet er nicht, und kein Mensch darf sich vermeissen zu sagen, ein Krieg sei unvermeidlich und werde daher besser jetzt schon geführt, als unter schlechteren Bedingungen später; was zukünftig ist, weiß die Vorsehung allein.

Ueber die Fehler der deutschen Politik schon zu Bismarcks Zeit ist es heute leicht, abzuurteilen. Ein Kind kann heute sehen, daß Deutschland, statt Elsaß-Lothringen zu annexieren, den beiden Provinzen Autonomie sichern und sie militärisch hätte neutralisieren, dafür aber sich ein „Mandat“ für die französischen Kolonialbesitzungen hätte geben lassen sollen, wenn es wirklich die dauernde Hegemonie über Frankreich gewollt hätte. Alle anderen Mächte hätten zugestimmt, wenn Deutschland die Auflösung der Fremdenlegion verlangt, wenn es Frankreich die Ausbildung afrikanischer Truppen zum europäischen Krieg unmöglich gemacht hätte. Und ferner, wenn Deutschland Kolonien haben wollte, durfte es sie nicht als Pfahl im Fleisch der englischen Dominions suchen, deren Emporkommen weitsichtige Staatsmänner damals schon anerkannten; es mußte sich an Belgien und Portugal halten; man weiß, daß England bereit war, aus ihrem Fell die Niemen schneiden zu lassen. Ein englisch-deutsches Kondominium in Mittelafrika hätte nicht außer dem Bereich des Möglichen gelegen, als in der Weltmeinung noch die belgischen Kongogreuel die Stelle einnahmen, an die später die deutschen Belgien-Greuel getreten sind. Aber diese Kritik post festum trifft Fehler des Verstandes und der Weltkenntnis. Und die große Lehre dieser Schicksalsjahre ist nicht, daß dieser oder jener Minister klüger oder dümmer hätte sein müssen, sondern, daß selbst der größte Staatsmann jener Zeit mit seiner Autorität und seinem eisernen Willen den dauernden Frieden für Europa nicht sichern konnte, weil die alte Diplomatie, die Diplomatie der Geheimbündnisse und Militärmisionen, die Diplomatie der Abhängigkeit von höfischen Intrigen und parlamentarischer Taktik in der ganzen Welt bei Freunden und Feinden gegen ihn stand, geführt von Lord Salisburys zynischem Wort: Wir können das Rechte zum Frieden nicht tun, selbst wo wir es erkennen; unsere Generation kann nur durch die Ereignisse eines Besseren belehrt werden.